

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. November 2009

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

| | |
|------------------------|--|
| Sitzungsleitung: | OB Dr. Zinell |
| Anwesend: | Banholzer Bauknecht (ab 16.10 Uhr) Brantner (ab 15.55 Uhr) Broghammer Flaig Hettich Hilser Jauch Maurer Schneider Teufel Dr. Winter Fahrner Erdmann Dr. Günter Günter Himmelheber Klaussner Much Bantle Heinrich (ab 17.55 Uhr) Maier-Juranek Neudeck (ab 15.55 Uhr) Richter Liebermann Fleig |
| Mit beratender Stimme: | Ortsvorsteher Köser Ortsvorsteherin Schmid |

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. November 2009

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

Tagesordnung:

1. Einbringen des Haushalt 2010 – 1. Lesung
 - Haushaltsrede des Oberbürgermeisters
 - Beratungsplan
 - Verwaltungshaushalt
 - Investitionsprogramm
 - Personalhaushalt

2. Bebauungsplan „Holderstauden-Seele“
 - Beratung, Abwägung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
 - Festlegung und Billigung des Bebauungsplanentwurfs
 - Öffentliche Auslegung

3. Bebauungsplan „Nördliche Josef-Andre-Straße“ mit Umweltbericht
 - Aufstellungsbeschluss
 - Änderung Flächennutzungsplan 98 im Rahmen der 7. punktuellen Änderung

4. Anpassung des Organisationsstatuts der Volkshochschule
 - Offenlegung

5. Anträge auf Einrichtung von Werkrealschulen

6. Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR)
 - Änderung der Friedhofsordnung
 - Aufhebung der Marktordnung

7. Friedhofsordnung Schramberg
~~— Gestaltungsvorschriften Friedhof Hintersulgen~~

8. Einwohnerfragestunde

9. Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

Beginn der öffentlichen Sitzung: 15.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 20.35 Uhr

Die Beratung umfasst die §§ 128 bis 136

Zur Beurkundung

Vorsitzender:

Gemeinderat:

Schriftführer:

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. November 2009

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 128

Einbringen des Haushalt 2010 – 1. Lesung

- Haushaltsrede des Oberbürgermeisters
- Beratungsplan
- Verwaltungshaushalt
- Investitionsprogramm
- Personalhaushalt

**Beratungsgrundlagen: Vorlage Nr. 179/2009, Vorlage Nr. 171/2009,
Vorlage Nr. 172/2009 und Vorlage Nr. 178/2009**

OB Dr. Zinell:

bringt den Haushaltsentwurf ein.

Die Haushaltsrede ist in der Anlage beigefügt.

Herr Huber

erläutert einige Kennzahlen und Eckdaten des Haushaltsplanes 2010.

Das Redemanuskript sowie die Präsentation sind in der Anlage beigefügt.

StR Flaig

gibt im Namen der CDU-Fraktion eine Erklärung ab. Durch die Wirtschaftskrise habe sich auch in Schramberg eine sehr schwierige Situation ergeben. Deshalb stelle die CDU-Fraktion den Antrag, das Sitzungsgeld der Gremien in den nächsten 2 Jahren um 50 % zu reduzieren. Die damit eingesparten Beträge seien nicht immens, es gehe aber auch darum, ein Signal zu setzen. Des weiteren ergehe der Auftrag an die Verwaltung, bei den Sach- und Personalausgaben kreativ zu sein und weitere Einsparungen vorzunehmen. Im Verwaltungshaushalt ergebe sich weiteres Einsparpotential das ungefähr bei 500 Tsd. Euro liege. Die Krise sei eine Chance, viele Dinge auf den Prüfstand zu stellen. Im nächsten Jahr müssen Schlagworte wie Optimierung der Arbeitsabläufe, Notwendigkeit von Beförderungen etc. im Vordergrund stehen. Wer bei den Sachkosten einspare, solle belohnt werden. Bei Einsparungen im Bereich des Personals seien Kindergärten/-krippen ausdrücklich auszunehmen. Beispielsweise müsse die Leitungsfreistellung aufgenommen werden.

OB Dr. Zinell:

Es müsse an die Ziele und die Aufgaben der Stadt gedacht werden, die Ressourcen seien dann anschließend danach auszurichten.

Personalhaushalt

Frau Vogel

erläutert den Personalhaushalt anhand der Vorlage Nr. 178/2009.

StRin Much

fragt an, ob bei den Personalkosten des Kindergarten Eckenhof die 50% für die Leitungsfreistellung enthalten seien.

OB Dr. Zinell:

Diese Kosten seien nicht enthalten. Es wäre auch taktisch falsch, Kosten welche dem Orientierungsplan zuzurechnen sind, in den Haushaltsplan aufzunehmen. Diese Positionen gehören zur Masse, die über den Städtetag gegenüber dem Land durchgesetzt werden müsse.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Dem vorgelegten Personalhaushalt sowie dem vorgelegten Stellenplan wird zugestimmt.

Der Gemeinderat beschließt bei 5 Enthaltungen:

Das Sitzungsgeld der Gremien wird für die nächsten 2 Jahre um 50 % gekürzt.

Zuschussanträge

Herr Huber

gibt einen Hinweis zur Vorlage-Nr. 171/2009, Seite 277. Beim Fußballverein Tennenbronn ist die Zahl der Jugendlichen falsch. Es sind derzeit 183 Jugendliche. Der Ansatz bei 1.5500.7000 ändert sich aber nicht, denn die Position „Jubiläen, Ehrungen, Auszeichnungen und dgl.“ wird in derselben Höhe reduziert.

StR Flaig:

Zur Seite 229 werden die Anträge gestellt, die im Entwurf nicht aufgenommenen Zuschussanträge Förderverein Alte St. Laurentiuskirche 3.000 Euro, Narrenzunft Schramberg 7.500 Euro, Tennisclub Schramberg 3.500, Sportverein Sulgen 3.500 Euro jeweils zur Hälfte in den Jahren 2010 und 2011 zu berücksichtigen. Die Zuschüsse an die musiktreibenden Vereine in Tennenbronn sowie der ursprünglich beantragte Zuschuss des JUKS mit 10.000 Euro werden ebenfalls je zur Hälfte auf die Jahre 2010 und 2011 aufgeteilt. Weiterhin wird bei den laufenden Zuschüssen beantragt, das JUKS, die Musikschule sowie die anderen Vereine gleichzustellen. Die Jugendzuschüsse sollten nur um 2 Euro pro Jugendlichen gesenkt werden. Beim JUKS sollte der laufende Zuschuss um 15 % gekürzt werden.

OB Dr. Zinell:

Beim JUKS wurde keine Kürzung vorgenommen, weil dort der komplette Reinigungsdienst für das Gebäude vom Personal selber erledigt wird.

StR Neudeck ist hinsichtlich des Zuschussantrages der Narrenzunft befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

StR Bauknecht:

Wenn die Zuschüsse auf 2 Jahre verteilt werden, erhalten die Vereine Planungssicherheit. Im nächsten Jahr werden dann keine neuen Anträge bewilligt, erst wieder in 3 bis 4 Jahren.

StR Fahrner

fragt an, ob es bei den nicht verplanten Beträgen Begründungen gibt, warum diese nicht aufgenommen werden.

OB Dr. Zinell:

Bei der Aufstellung des Haushaltes hatten wir ein Desaster vor uns. Im ersten Schritt wurden die laufenden Zuschüsse gekürzt. Die Kürzungen der Förderungen im Bereich der Investitionen waren deshalb folgerichtig und fair. Das Motiv der Verwaltung war, alles Neue was nicht zwingend sein muss, können wir uns in diesen Zeiten einfach nicht mehr leisten. Darauf habe ich in 2009 schon mehrfach hingewiesen.

StR Flaig:

Im Rahmen der Konsolidierung müssen Merkmale festgelegt werden, nach denen eine Förderung erfolgt.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen:

Die Zuschussanträge

Förderverein Alte St. Laurentiuskirche 3.000 Euro,

Narrenzunft Schramberg 7.500 Euro,

Tennisclub Schramberg 3.500,

Sportverein Sulgen 3.500 Euro

jeweils zur Hälfte in den Jahren 2010 und 2011 zu berücksichtigen.

Die Zuschüsse an die musiktreibende Vereine in Tennenbronn sowie der ursprünglich beantragte Zuschuss des JUKS mit 10.000 Euro werden ebenfalls je zur Hälfte auf die Jahre 2010 und 2011 aufgeteilt.

Für das Jahr 2011 werden die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen eingeplant.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 13 Ja-Stimmen:

Die Jugendzuschüsse werden nur um 2 Euro pro Jugendlichen gekürzt.

StR Flaig:

Die genaue Darstellung der Kürzung um 15%, sowie die Ausnahmen hiervon, sollten im Verwaltungsausschuss kurz erläutert werden. Aus dem Jahr 2007 ist noch eine Frage von dem ehemaligen Gremiumsmitglied Marianne Pfundstein offen. Es handelt sich um eine Darstellung der Kosten, welche im Zuge der Umsetzung von Quobile bei den freien Trägern und der Stadt anfallen.

OB Dr. Zinell:

Bei den Investitionszuschüssen sei noch ergänzt, dass der vom Türkischen Elternverein gestellte Antrag in Höhe von 600 Euro genauso behandelt wird, wie die übrigen Anträge. Das bedeutet, dass für 2010 300 Euro veranschlagt werden und für 2010 eine Verpflichtungsermächtigungen mit 300 Euro aufgenommen wird.

Er fragt an, ob es hiergegen Widersprüche gäbe.

Das Gremium widerspricht diesem Vorschlag nicht.

Verwaltungshaushalt

Einzelplan 2

Herr Huber:

Die neuen Sachkostenbeiträge sind für 2010 nun auch bekannt. Daraus resultieren im Einzelplan 2 bei den Schulen Wenigereinnahmen von rund 13.000 Euro. Gleichzeitig ergibt sich bei den Budgets auf der Ausgabenseite ein Rückgang von rund 6.500 Euro.

Einzelplan 4

StRin Much:

Auf Seite 87 sind für den Familienpass in 2009 Mittel verplant – der Ansatz 2010 fehlt hingegen völlig. Deshalb fordere sie, über das Konzept des Familienpasses zu berichten.

OB Dr. Zinell:

Zu diesem Thema erfolgt ein Bericht im Verwaltungsausschuss.

StR Dr. Günter:

fragt an, warum auf Seite 86 bei der HH-Stelle 1.4980.7004 Zuschuss an Verein „Frauen helfen Frauen“ kein Ansatz verplant sei.

OB Dr. Zinell:

Bei den Planberatungen 2009 wurde beschlossen, dem Verein „Frauen helfen Frauen“ sowie dem Betreuungsverein Zuschüsse zu gewähren. Angesichts der Haushaltslage werden von der Verwaltung keine Vorschläge für 2010 gemacht.

StR Fahrner:

Auf Seite 86 bei der HH-Stelle 1.4980.7180 Zuschuss an Dorfhelferinnen wäre es sicherlich möglich den Ansatz auf einen realistischen Betrag von 2.000 Euro zu kürzen.

Herr Kammerer:

Das niedrige Rechnungsergebnis 2008 begründet sich dadurch, dass einfach weniger Einsätze angefallen sind.

StR Dr. Günter:

Stellt den Antrag, bei dem Zuschuss an den Verein „Frauen helfen Frauen“ auf der HH-Stelle 1.4980.7004 einen Ansatz für 2010 mit 2.000 Euro einzuplanen.

StR Dr. Winter:

Die Vorgehensweise ist nicht nachvollziehbar. Wir nehmen auf der einen Seite einem Verein etwas weg und geben dann auf der anderen Seite was hinzu. Die gesamte Thematik sollte in den Verwaltungsausschuss verwiesen werden.

OB Dr. Zinell:

Die Behandlung der Zuschüsse an den Verein „Frauen helfen Frauen“, den Betreuungsverein und die Dorfhelferinnenstation wird zur Beratung in den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Einzelplan 7

StR Flaig:

Auf Seite 129 im Unterabschnitt 7650 Bedürfnisanstalten steigen die Reinigungskosten im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2008 immens an. Er fragt an, welche Gründe es hierfür gäbe. Dieselbe Situation ergibt sich auf der Seite 145 im Unterabschnitt 7921 Zentraler Omnibusbahnhof.

Herr Moser:

Wir berichten in der nächsten VA-Sitzung über die Gründe für den Anstieg.

Einzelplan 9

Herr Huber:

Die Kreisumlage ist mit 31 % im Plan drin, der Kreis tendiert jedoch eher in Richtung 30,5 %. Dies bedeutet für uns eine Einsparung von rund 123.000 Euro. Die Gewerbesteuerumlage steigt aufgrund der Erhöhung des Vervielfältigers um 22.000 Euro.

StR Flaig:

Auf der Seite 160 im Unterabschnitt 9100 bitte ich um eine Aussage zu den Basisbeiträgen und den angewendeten Zinssätzen bei den HH-Stellen 1.9100.2070 Zinseinnahmen vom übrigen Bereich und 1.9100.8071.

Herr Huber:

Bei der HH-Stelle 1.9100.2070 werden die gesamten Bestände, auch die der Eigenbetriebe verzinst. In 2008 lag der Zinssatz bei 4,38 %, bei der Planung 2010 wurde mit 2,5 % gerechnet. Die HH-Stelle 1.9100.8071 beinhaltet die Kreditzinsen für 2010. Darin sind die Kreditzinsen für die bereits aufgenommenen Darlehen enthalten, sowie die geplante Kreditaufnahme in 2010 mit rund 6,0 Mio. Euro. Der hier angewendete Zinssatz beläuft sich auf 4,5 %.

StR Brantner:

Bei der letztjährigen Planung wurde von Herrn Hug die Aussage gemacht, die Stadt sei praktisch schuldenfrei. Er fragt an, woher nun die hohen Zinsbeträge kämen.

Herr Huber:

Dieses Jahr musste die Stadt bereits 800.000 Euro aufnehmen. In der Haushaltssatzung werden wir dem Gremium ebenfalls vorschlagen, den Höchstbetrag der Kassenkredite zu erhöhen.

StRin Much:

Um den Familienpass zu finanzieren, sollte eine Erhöhung der Grundsteuer B geprüft werden.

OB Dr. Zinell:

Das Thema wird in den VA verwiesen, dort berichtet die Verwaltung dann, was andere Städte für Hebesätze anwenden.

Zum Kürzungsantrag der CDU lässt sich sagen, dass dieser nicht umsetzbar ist. Aufgrund des Gemeindefinanzrechts ist es maximal möglich eine pauschale Kürzung in Höhe von 1 % der Sach- und Personalausgaben als globale Minderausgabe einzuplanen. Der Restbetrag bis zu den geforderten 500.000 Euro müsste demnach als politische Willensbildung formuliert werden.

Er fragt an, ob es hiergegen Widerspruch gäbe.

Aus dem Gremium kommt kein Widerspruch.
Vermögenshaushalt

Abteilung Hochbau/Einzelplan 2

OB Dr. Zinell

Auf Seite 10 wird bei der Maßnahme S 23000117 Umbau Physiksaal ein Sperrvermerk vorgeschlagen.

Abteilung Hochbau/Einzelplan 8

StR Banholzer

Auf Seite 16 sind bei der Maßnahme B 88100106 in 2011 50.000 Euro drin. Er fragt an, wie sich dieser Betrag erklärt und wie vordringlich diese Maßnahme sei.

Herr Krause:

Für den Abbruch des Gebäudes Glasbach 7 wäre auch ein späterer Zeitpunkt denkbar.

OB Dr. Zinell

Die Kosten für den Abbruch des Gebäudes Glasbach 7 werden aus dem Planansatz 2011 herausgenommen und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Abteilung Stadtplanung/Einzelplan 6

StR Maurer:

Auf Seite 18 wurde bei den Bebauungsplänen in 2010 eine Reduzierung auf 322.000 Euro vorgenommen. Ab 2011 sind wieder weitaus höhere Ansätze eingeplant. Dieselben Steigerungen sind bei den Verkehrs- und Fachplanungen erkennbar. Deshalb stelle ich den Antrag, die Ansätze bei den Bebauungsplänen auf 418.000 in 2011 und auf 331.000 Euro in 2012 zu reduzieren. Bei den Verkehrs- und Fachplanungen wird bei beiden HH-Stellen jeweils eine Reduzierung von 50.000 Euro in 2011 und 2012 beantragt.

Herr Kammergruber:

Es ist wenig realistisch, hier Kürzungen vorzunehmen. Es handelt sich zu 99 % um Kosten für Fremdvergaben.

OB Dr. Zinell:

Die Beratung über dieses Thema wird in den AUT verwiesen.

StR Erdmann:

fragt an, ob es sich auf der Seite 19 bei der HH-Stelle 9601 um die Kosten für Fremdvergaben handle.

Herr Kammergruber:

Die Freimachungen werden fremd vergeben. Eine Steigerung erfolgt, da das dem Gremium bereits vorgestellte Konzept zur Freimachung umgesetzt wird. Die Freimachung der Flächen entspricht diesem Konzept. Die erforderlichen Waldabstandflächen sollten wir wieder hinbekommen.

StR Schneider:

Stellt den Antrag, bei der HH-Stelle 9601 Freimachung von Sukzessionsflächen den Ansatz in 2010 um 40.000 Euro zu reduzieren.

OB Dr. Zinell:

Es gibt bei dieser Position eine Kausalität zwischen der Zahl der beschlossenen Bauungspläne und den Kosten für das Ökokonto. Wenn die Flächen weiter zuwachsen, werden die Kosten für die Freimachung ja immer höher.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, bei der HH-Stelle 9601 den Ansatz in 2010 um 40.000 Euro auf 40.000 Euro zu reduzieren.

Abteilung Tiefbau/Einzelplan 2

StR Brantner:

Auf Seite 20 wurden bei der Maßnahme B 21510106 Umgestaltung Schulhof GHWRS Sulgen die Planungskosten nach 2013 verschoben. Ich stelle den Antrag, diese Maßnahme nach 2010 vorzuziehen, wenn im Vermögenshaushalt genügend andere Maßnahmen zur Finanzierung in die Folgejahre verschoben bzw. gekürzt wurden.

StRin Much:

Stimmt dem CDU-Vorschlag zu. Sie hätte den Antrag eingebracht, in 2010 40.000 Euro für die Anschaffung der Spielgeräte einzuplanen.

StR Flaig

schlägt vor, die Beratung über diese Maßnahme an den AUT zu verweisen. Dort solle der Ablauf der Planung sowie ein eventuelles Vorziehen dieser Maßnahme auf der Grundlage der heute realisierten Einsparungen beraten werden.

Abteilung Tiefbau/Einzelplan 5

StR Hettich:

Auf Seite 21 wird bei der Maßnahme B 58300103 Zuleitung Quelle Landenberger beantragt, die Kosten für diese Maßnahme komplett herauszunehmen.

OB Dr. Zinell:

Die Verwaltung sieht jedoch die Dringlichkeit dieser Maßnahme. Im Sommer droht das Wasser in den Teichen teilweise zu kippen wenn nicht genügend Frischwasser nachkommt.

StR Hettich:

Stellt den Antrag, diese Maßnahme im AUT zu behandeln, die Verwaltung solle die Sachlage genauer darstellen.

Das Gremium stimmt dem zu.

Abteilung Tiefbau/Einzelplan 6

StR Hettich

fragt an, ob auf Seite 24 bei der Maßnahme B 63000245 Sanierung Fußgängerzone die Mittel nicht gekürzt werden können und eine Beschränkung auf Verkehrssicherungsmaßnahmen vorgenommen werden können.

OB Dr. Zinell:

Eine weitere Reparatur von Hand ist nicht mehr möglich, dann müssen wir komplett eine Schwarzdecke darüber ziehen.

StR Flaig:

Auf Seite 25 bei der Maßnahme B 63000310 Gewerbegebiet Lienberg III 2.-4. BA sollten bei den HH-Stelle 9511-13 die Kosten aus 2010 und 2011 auf spätere Jahre verschoben werden.

OB Dr. Zinell:

Die Beratung über dieses Gesamtpaket wird in den AUT verschoben.

Das Gremium widerspricht dem nicht.

StR Schneider:

Zur Maßnahme B 63000516 Wohnbaugebiet Holderstauden/Seele auf Seite 26 ist anzumerken, dass die Beratung eigentlich schon im Februar diesen Jahres auf der Tagesordnung stehen sollte. In Waldmössingen ist es derzeit nicht möglich, einen Bauplatz zu erwerben. Die Gegenfinanzierung erfolgt über den Verkauf von Bauplätzen. Es muss versucht werden, diese Maßnahme vorzuziehen.

OB Dr. Zinell:

Es ist schwierig, Einnahmen auf dem Prinzip Hoffnung zu planen. Zunächst müssen Vorverträge geschlossen werden, dann wäre ein Einstieg in die Planung eventuell möglich. Auch bei dieser Sachfrage erfolgt eine Verweisung in den AUT mit einer nochmaligen Darstellung der Fakten.

StR Banholzer

fragt an, ob auf Seite 27 bei der Maßnahme Gestaltung Dorfplatz Tennenbronn/Verbindungsweg Löwen-/Hauptstraße eine Verschiebung in die Folgejahre möglich wäre.

OB Dr. Zinell:

Die Stadtwerke müssen in diesem Bereich einen Kanal verlegen. Die Dringlichkeit hängt von der Realisierung der Maßnahme durch die Stadtwerke ab. Die Darstellung und Beschlussfassung wird an den AUT verwiesen.

StR Banholzer:

fragt an, ob bei der Maßnahme E 77100101 Bauhof/Gärtnerei/Fuhrpark auf Seite 31 Teilbeträge beim Erwerb beweglicher Sachen Teilbeträge in die Folgejahre verschoben werden können.

Herr Krause:

Der Betrag in 2009 wurde nicht benötigt, deshalb wurde eine Neuveranschlagung in 2010 vorgenommen.

StR Maurer:

fragt an, ob eine Kommune auch Leasingverträge abschließen dürfe.

Herr Huber:

Dieses Recht ist grundsätzlich gegeben.

StR Dr. Günter:

Hat ebenfalls Fragen zur Fahrzeugbeschaffung des Bauhofes. Er fragt an, warum sich Bauhöfe immer Fahrzeuge des Typs Unimog kaufen würden. Ein Standard-schlepper sei um ein Vielfaches günstiger. Der Ansatz für die Beschaffung könnte sich dann halbieren.

StR Brantner

stellt den Antrag, die Beschaffung der Fahrzeuge beim Bauhof an den AUT zu verweisen. Dort sollte auch über die Möglichkeiten beim Leasing berichtet werden.

Fachbereich 2/SUW Talstadt – West

StR Hettich:

Auf Seite 38 sind bei 9603 Ordnungsmaßnahmen 489.000 Euro verplant. Bei diesen Mitteln handelt es sich ja um die Kosten für die Herstellung des Parkplatzes. Er fragt, ob diese verschoben werden können.

OB Dr. Zinell:

Bei der Parkplatzbilanz hat die Stadt ein Defizit. Bei diesem Parkplatz haben wir die Möglichkeit, die Finanzierung über das Sanierungsgebiet laufen zu lassen. Zudem ist die brachliegende Fläche keine Aufwertung des Stadtbildes.

StR Flaig:

Es ist nicht nachvollziehbar, dass Mittel für die Umgestaltung des Schulhofes nicht bereit gestellt werden können, gleichzeitig werden für die Herstellung eines Parkplatzes solche Summe verplant. Die Zuschussgeber werden es nicht als negativ empfinden, wenn wir diese Kosten verschieben. Deshalb stelle ich den Antrag, die Kosten für die Ordnungsmaßnahmen nach hinten zu verschieben.

OB Dr. Zinell:

Das Sanierungsgebiet muss in einem gewissen Zeitrahmen abgearbeitet werden. Die Zuschüsse müssen wir binden, solange sie gewährt werden. Gleichzeitig wehre ich mich vehement gegen den Vorwurf, die Parksituation der Autos wäre mir wichtiger als die Gestaltung eines Schulhofes. Obwohl wir uns in wirtschaftlich schlechten Zeiten befinden, liberalisiert das Land beim Mittelabfluss nicht.

StR Banholzer:

Im Moment ist es der Bevölkerung schwer vermittelbar, dass gespart werden muss aber trotzdem ein Parkplatz gebaut werden kann.

OB Dr. Zinell:

Diese Sachlage wird im Wirtschaftsministerium anders gesehen.

StR Flaig:

fragt an, ob wir den Zuschuss gefährden würden, wenn wir die Maßnahme nach 2012 verschieben.

StR Teufel:

fragt an, ob diese Maßnahme nochmals separat im AUT beraten werden könne.

Herr Peter Weisser:

Der Ausgabe mit 500.000 Euro steht ein Zuschuss in Höhe von 326.000 Euro entgegen.

StR Flaig

zieht seinen gestellten Antrag zurück.

OB Dr. Zinell:

Das Thema wird zur Beratung an den AUT verwiesen.

Fachbereich 3/Einzelplan 4

StR Banholzer:

Stellt den Antrag, die Beratung über den Pauschalbetrag bei der Maßnahme „Förderung von Kindergärten“ an den VA zu verweisen. Die Prioritätenliste sollte bis dahin vorgelegt werden.

Ortsverwaltung Waldmössingen/Einzelplan 5

StR Brantner:

Ist die Annahme korrekt, dass das Projekt Tiergehege Waldmössingen nur unter der Prämisse durchgeführt wird, dass wir einen 75%-igen Zuschuss bekommen?

OB Dr. Zinell:

Durch die Aufnahme in das Leader-Programm sowie die bewilligten Zuschüsse daraus, leiten wir ab, dass das Projekt mit 75% in der Förderung drin ist.

StR Fahrner:

Für das Tiergehege sollten die Folgekosten dargestellt werden.

OB Dr. Zinell:

Beim Tiergehege haben wir absoluten Handlungsbedarf. Entweder sanieren wir die Stallungen oder schließen die gesamte Einrichtung. Durch ein gutes Konzept können wir die Maßnahme im Rahmen der Leader-Förderung durchziehen. Die Folgekosten werden sich dadurch nicht verändern, wir haben ja eine vertragliche Vereinbarung mit Herrn Schmid.

StR Banholzer:

Für die nächste Haushaltsplanung gibt er die Anregung bei der Darstellung der Maßnahmen, die Einnahmen direkt bei den zugehörigen Ausgaben aufzuführen.

Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung/Gründerwerb

StR Fleig

bittet um Erläuterungen beim Grunderwerb.

StR Dr. Günter:

Die einzelnen Positionen beim Grunderwerb wurden in der letzten Sitzung erläutert. Er fragt an, ob es möglich wäre, die auf Seite 4 aufgeführten Positionen prinzipiell um 20 % zu kürzen.

Herr Uwe Weisser:

Bereits in 2009 ergibt sich beim Grunderwerb eine Unterdeckung von rund 150.000 Euro. Die detaillierten Zahlen bei der Planung 2010 haben wir in der letzten GR-Sitzung vorgestellt. Es ist derzeit einfach so, dass die Erbgeneration derzeit eher bereit ist, sich von vielen Grundstücken zu trennen. Teilweise haben wir schon lange Verhandlungen geführt, die derzeit kurz vor dem Abschluss stehen.

StR Banholzer:

Für die Wirtschaftsförderung spielt der Grundstückskauf eine entscheidende Rolle. Die Planung ist in diesem Bereich sehr schwierig, ein gewisser Spielraum ist für die Handlungsfähigkeit unbedingt erforderlich.

Herr Fleig

stellt den Antrag, beim Grunderwerb eine pauschale Kürzung von 20 % vorzunehmen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. November 2009

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 129

Bebauungsplan „Holderstauden-Seele“

- **Beratung, Abwägung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**
- **Festlegung und Billigung des Bebauungsplanentwurfs**
- **Öffentliche Auslegung**

Beratungsgrundlage: Vorlage Nr. 174/2009

Herr Kammergruber

stellt den Sachverhalt anhand der Beratungsvorlage dar. Als Tischvorlage werden die wesentlichen Änderungen nach der frühzeitigen Beteiligung vorgelegt. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

StR Richter:

Tut sich schwer mit diesem Wohnbaugebiet. Dem Plan könnte ich nur zustimmen, wenn die Doppelhaushälften und Einzelhäuser genau festgelegt werden.

StR Schneider

fragt an, ob in diesem Baugebiet an eine Versickerung des Dachwassers gedacht sei.

Herr Kammergruber:

Es können sowohl Einzelhäuser als auch Doppelhaushälften entstehen. Was vermarktbar ist, wird sich zeigen. Eine Dachwasserversickerung ist in diesem Gebiet nicht notwendig.

StR Günter

enthält sich aus denselben Gründen wie Herr StR Richter.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen:

- a) Der Bebauungsplanentwurf „Holderstauden - Seele “ mit örtlichen Bauvorschriften, Textteilen, Begründungen vom 02.11.2009 und der Umweltbericht mit integriertem Grünordnungsplan, vom 02.11.2009, werden gebilligt und festgelegt.
- b) Die für den Eingriff- / Ausgleich erforderlichen Maßnahmen werden zu 85% ausgeglichen. Die Zuordnung der Flächen mit einer Größe von $F = \text{ca. } 0,97 \text{ ha}$ mit entsprechenden Maßnahmen erfolgt im Ökokonto Pferschelwiesen.
- c) Der Bebauungsplanentwurf mit Textteil und Begründung, den örtlichen Bauvorschriften mit Begründung und der Umweltbericht mit integriertem Grünordnungsplan werden auf die Dauer eines Monats zur öffentlichen Einsicht ausgelegt.

- d) Die Aufnahme der Anregungen und Hinweise der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der frühzeitigen Beteiligung (laut Liste Punkt) :
- A 1.1.1 Landratsamt Rottweil Bauamt vom 25.09.2007
 - A 1.2.2 und 1.2.3 Landratsamt Rottweil Naturschutzamt vom 25.09.2007
 - A 1.5.1, 1.5.3 und 1.5.4 Landratsamt Rottweil Umweltschutzamt vom 25.09.2007
 - A 5.2 , A 5.3.1 und A 5.3.2 Regierungspräsidium Freiburg Abteilung Umwelt vom 06.09.2007
 - A 6.2 und A 6.3 Regierungspräsidium Freiburg Gewässer und Boden vom 05.09.2007
 - A 8.1 und A 8.2 Polizeidirektion Rottweil, Verkehr vom 23.08.2007
 - A 9.2 Regierungspräsidium Freiburg Landesamt für Geologie vom 28.08.2007
- in den Bebauungsplan werden beschlossen.
- e) Die Anregungen und Hinweise der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der frühzeitigen Beteiligung (laut Liste Punkt) :
- A 1.1.2 Landratsamt Rottweil Bauamt vom 25.09.2007
 - A 1.2.1 und 1.2.4 Landratsamt Rottweil Naturschutzamt vom 25.09.2007
 - A 1.2.4 Landratsamt Rottweil Naturschutzamt vom 25.09.2007
 - A 1.3.3 und 1.3.4 Landratsamt Rottweil Landwirtschaftsamt vom 25.09.2007
 - A 1.6.1 Landratsamt Rottweil Straßenbauamt vom 25.09.2007
 - A 12.1 Landratsamt Rottweil vom 13.08.2007
- in den Bebauungsplan werden abgelehnt.
- f) Die Anregungen und Hinweise der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aus der frühzeitigen Beteiligung (laut Liste Punkt) :
- A 1.2.5 Landratsamt Rottweil Naturschutzamt vom 25.09.2007
 - A 1.3.1, 1.3.2, 1.3.5 und 1.3.6 Landratsamt Rottweil Landwirtschaftsamt vom 25.09.2007
 - A 1.4.1 Landratsamt Rottweil Forstamt vom 25.09.2007
 - A 1.5.2 und 1.5.5 Landratsamt Rottweil Umweltschutzamt vom 25.09.2007
 - A 1.6.2 Landratsamt Rottweil Straßenbauamt vom 25.09.2007
 - A 2.1 Statistisches Landesamt vom 13.08.2007
 - A 3.1, A 3.2, A 3.3.1 und 3.3.2 Landesnaturschutzverband BW vom 12.09.2007
 - A 4.1, A 4.2 und A4.3 Stadtwerke Schramberg vom 11.09.2007
 - A 5.1 Regierungspräsidium Freiburg Abteilung Umwelt vom 06.09.2007
 - A 6.1 Regierungspräsidium Freiburg Gewässer und Boden vom 05.09.2007
 - A 7.1 und 7.2 Deutscher Wetterdienst vom 21.08.2007
 - A 8.3 Polizeidirektion Rottweil, Verkehr vom 23.08.2007
 - A 9.1 Regierungspräsidium Freiburg Landesamt für Geologie vom 28.08.2007
 - A 9.3 bis A 9.7 Regierungspräsidium Freiburg Landesamt für Geologie vom 28.08.2007
 - A 10.1 bis A 10.4 Stadtwerke Schramberg vom 20.08.2007
 - A 11.1 Regierungspräsidium Freiburg Schule vom 17.08.2007
 - A 13.1 Landratsamt Rottweil vom 09.08.07
 - A 14.1 und 14.2 Regierungspräsidium Freiburg Wirtschaft vom 10.08.2007
 - A 15.1 und A 15.2 FB 2, Straßenverkehrsbehörde vom 15.0.2007
 - A 16.1 bis 16.2 Deutsche Telekom vom 14.08.2007
 - A 17.1 bis 17.5 Regierungspräsidium Freiburg, Straßenverkehr vom 13.08.2007
- werden zur Kenntnis genommen.

Die in der Sitzung ausgeteilten Informationen von fahlestadtplaner sind ebenfalls Bestandteil des Beschlusses und sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. November 2009

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 130

**Bebauungsplan „Nördliche Josef-Andre-Straße“ mit Umweltbericht
- Aufstellungsbeschluss
- Änderung Flächennutzungsplan 98 im Rahmen der 7. punktuellen Änderung**

Beratungsgrundlage: Vorlage Nr. 175/2009

StR Maurer ist befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

Der Gemeinderat beschließt ohne weitere Aussprache einstimmig:

- 1) Für das Gebiet „Nördliche Josef Andre Straße“ wird ein Bebauungsplan mit Umweltbericht und integriertem Grünordnungsplan in den Abgrenzungen laut Übersichtsplan vom 03.11.2009 (Anlage 2) aufgestellt.
- 2) Die frühzeitige Bürgerbeteiligung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wird in Form einer öffentlichen Versammlung durchgeführt.
- 3) Der Flächennutzungsplan 98 der VVG Schramberg ist im Bereich „Nördliche Josef Andre Straße“ im Rahmen der 7. punktuellen Änderung fortzuschreiben.

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 19. November 2009**

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 131

**Anpassung des Organisationsstatuts der Volkshochschule
- Offenlegung**

Beratungsgrundlage: Vorlage Nr. 165/2009

Offenlegung

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. November 2009

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 132

Anträge auf Einrichtung von Werkrealschulen

Beratungsgrundlage: Vorlage Nr. 168/2009

Herr Kammerer

verweist auf die Vorberatung im Verwaltungsausschuss. In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat der Gemeinde Hardt mehrheitlich der Kooperationsvereinbarung zugestimmt. Die Klassen 5-7 wären in Tennenbronn, die Klassen 8-9 dann auf dem Sulgen. Die Kooperationsvereinbarung, welche der Beratungsvorlage als Anlage 1 beigefügt ist, müsste auf Seite 2 bei § 1 im letzten Satz abgeändert werden. Das korrekte Datum wäre der 31. Juli 2011. Bei der Bildung von Außenklassen für die Stufen 8-9 hat das Kultusministerium klar Stellung bezogen und diese eindeutig verneint.

StR Flaig:

Aus Sicht von Teilen der CDU ist der Ablauf für die Einführung der Werkrealschule nicht glücklich gelaufen und steht unter einem enormen Zeitdruck. Vom Kultusministerium wurde mitgeteilt, dass die vertikale Teilung bei den Klassen 8-9 nur in zwingenden Ausnahmefällen möglich sei. Trotzdem stelle er den Antrag, dass die Stadt einen solchen Antrag für die Genehmigung einer vertikalen Teilung der Klassen 8-9 stellt.

StRin Much:

Die Einrichtung einer Werkrealschule mit Ganztagsbetrieb sollte erst ab dem Schuljahr 2011/2012 beantragt werden. Es liegen dann mehr Erfahrungswerte vor und die Schulen haben mehr Zeit für die Vorbereitungen.

StR Banholzer:

Die Hauptschulen warten seit 20 Jahren auf diese Weiterentwicklung. Für lange Planungen seitens der Schule sehe er keine Notwendigkeit.

Herr Nöhre:

Die derzeitigen Diskussionen schaden den Hauptschulen. Die Hauptschulen müssen wieder in ruhigere Fahrwasser kommen, ansonsten laufen die Schüler weiterhin weg.

OB Dr. Zinell:

Langfristig wird die Hauptschule sterben. Das Land hat aber nun die entsprechenden Entscheidungen getroffen. Es liegt nun an uns, ob wir daraus etwas machen oder nicht. Die Chance muss genutzt werden. Der demografische Wandel kommt, egal ob es sich um eine Werkrealschule handelt oder eine andere Schulform.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei einer Enthaltung:

1. Die Stadt als Schulträger beantragt an der Grund- und Hauptschule Sulgen eine Werkrealschule einzurichten und die bisherigen Hauptschulen Sulgen ab dem Schuljahr 2010/2011 und Tennenbronn ab dem Schuljahr 2011/2012 als selbständige Schulen aufzulösen.
2. An den Standorten Sulgen und Tennenbronn sollen jeweils einzügige Klassen der Stufen 5 – 7 der Werkrealschule Sulgen gebildet werden.
3. Die Stadt als Schulträger beantragt, die Graf – von – Bissingen – Schule ab dem Schuljahr 2010/2011 als Werkrealschule einzurichten.
4. Für die beiden Schulen werden folgende Schulbezirke bis zum Schuljahr 2015/2016 festgelegt:

| Schule | Stadtteile | Nachbargemeinde |
|---------------------------------------|--|------------------------|
| Werkrealschule Sulgen | Sulgen, Heiligenbronn, Schönbronn, Waldmössingen Tennenbronn | Hardt |
| Werkrealschule Graf- von-Bissingen | Talstadt | |

5. Mit der Gemeinde Hardt soll ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Bildung der Werkrealschule Sulgen entsprechend der Anlage 1 geschlossen werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Stadt wird einen Antrag zur Genehmigung der vertikalen Trennung zwischen der GHWRS Sulgen und der Außenstelle Tennenbronn bis zur Klasse 9 stellen.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. November 2009

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 133

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR)

- Änderung der Friedhofsordnung**
- Aufhebung der Marktordnung**

Beratungsgrundlage: Vorlage Nr. 177/2009

Der Gemeinderat beschließt ohne weitere Aussprache einstimmig:

1. Der beiliegenden Änderung der Friedhofsordnung wird zugestimmt.
2. Der beiliegenden Aufhebung der Marktordnung wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt eine aktuelle Marktsatzung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 19. November 2009**

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 134

**Friedhofsordnung Schramberg
- Gestaltungsvorschriften Friedhof Hintersulgen**

Beratungsgrundlage: Vorlage Nr. 179/2009

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 19. November 2009**

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 135

Einwohnerfragestunde

Hier wird das Wort nicht gewünscht.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 19. November 2009

Anwesend: Vorsitzender und von 28 Stadträtinnen und Stadträten 27

§ 136

Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

OB Dr. Zinell:

Stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt 4 im Wege der Offenlegung beschlossen wurde.

a) Zusammenschluss der Kirchen „Heilig Geist“ und „St. Maria“

Herr Moser:

Von der Diözese wurde die Stadt in ihrer Funktion als Untere Verwaltungsbehörde angefragt, ob sie einer Fusion der beiden Kirchengemeinden „Heilig Geist“ und „St. Maria“ zustimme. Die Stadt hat diesem Zusammenschluss zugestimmt.

b) Lärmbelästigungen „Grafenweg“

StR Flaig:

Eine Bewohnerin des Grafenweges hat wegen der zukünftigen Lärmbelästigungen durch die Waschstraße angefragt. Deshalb ergeht an die Verwaltung die Bitte, die rechtlichen Rahmenbedingungen im Verwaltungsausschuss darzustellen.

c) Sitzungsgeld

StR Günter:

Im Rahmen der HH-Planberatung wurde beschlossen, das Sitzungsgeld um 50 % zu senken. Es wäre gut gewesen, hier auch unabhängige Empfehlungen zu hören.

d) Hardtstraße

StR Himmelheber:

An der Hardtstraße wurde vor längerer Zeit einmal zugesagt, die Aufstellung einer Querungshilfe zu prüfen. Er möchte sich hier nach dem aktuellen Sachstand erkundigen.

OB Dr. Zinell:

Von einer solchen Zusage ist uns nichts bekannt – wir recherchieren aber.

e) öffentlicher Internetzugang - Tennenbronn

StR Dr. Günter:

Übergibt einen Antrag der Fraktion SPD/Buntspecht. Dabei soll in der Ortsverwaltung Tennenbronn ein öffentlicher Internetzugang als Service für die Gäste eingerichtet

werden. Als Zeitpunkt wäre Weihnachten 2009 wünschenswert, spätestens aber Ostern 2010 angedacht.

f) Ampelsteuerung „Bärenplatz“

StR Bauknecht:

Die Ampelsteuerung am Bärenplatz sollte dringend überprüft werden. Die Schaltung ist teilweise ziemlich mysteriös.